

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 23

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zum Thema Arbeit

### Bonmots aus der «Literaturnaja gaset», Moskau

Der Computer arbeitet nicht. Früher hat es dazu eine ganze Abteilung gebraucht.

\*

«Ist die Administration verpflichtet, mir die Arbeit während einer Sonnenfinsternis als Nachtschicht anzurechnen?» — «Aber gewiss, falls die Sonnenfinsternis nachts stattgefunden hat.»

\*

Die Medizin empfiehlt: Gehen Sie zur Arbeit (Aus «Gehen statt Fahren» wird so «Arbeiten statt Blaumachen»).

\*

Er arbeitet für drei; dabei gibt es auch für einen allein nichts zu tun.

\*

Jeden Tag sehen die Angestellten des (Bau-) Büros «Schurkurostroj» ihren Vorgesetzten am Arbeitsplatz. Deshalb nennen sie ihn den «Spielertrainer».

\*

«Wie steht es denn heute», fragte der Vorgesetzte, als er das Gebäude betrat, «gibt es Arbeitswillige?»

Merke: Ein guter Vorgesetzter berücksichtigt immer die Wünsche der Untergebenen.

\*

«Mein Vorredner hat seine Meinung dazu geäußert, wie man in unserer Arbeit dieses oder jenes verändern könnte», sagte der Direktor am Rednerpult. «Dabei, Genossen, ist diese Frage doch völlig klar. Da kann es keine zwei Meinungen geben.»

Merke: Wenn man miteinander diskutiert, gelangt man leichter zu einer einmütigen Meinung.

## Variation aus Polen

Eine mögliche Methode, das Recht auf Arbeit im Sozialismus zu verwirklichen, besteht darin, den überschüssigen Arbeitskräften Arbeitsplätze zu verschaffen, unabhängig davon, ob man sie dort tatsächlich beschäftigen kann oder nicht. In diesem Falle gibt es keine Arbeitslose mehr. Das heisst, es gibt sie ebenso wenig wie im Militär, wo auch jeder «beschäftigt» ist.

Das ist übrigens der Normalfall im Sowjetlager, auch wenn die ebenso undeklarierten wie echten Arbeitslosen von Usbekistan usw. keineswegs ausserhalb der Normalität stehen. Doch hat die Methode, die sich für den Einzelnen zunächst humaner ausnimmt, ihre Nachteile, unter denen letzten Endes die Werktätigen zu leiden haben. Das Durchhalten von Arbeitskräften mit Alibi-beschäftigungen (Umschichten der Lager usw.) wirkt sich in wirtschaftlicher Hinsicht aus, sei es in der Form von erhöhten Produktionskosten, sei es in der Form von Defiziten, die schliesslich die Allgemeinheit zu tragen hat.

Ueber die negativen Auswirkungen der «innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit» gibt man sich in Osteuropa zunehmend Rechenschaft, und man

kommt zur Folgerung, dass die Betriebe nicht länger unechte Leistungen honorieren sollten, eine Forderung, die man als Postulat der sozialen Gerechtigkeit verstanden haben will (der Müssiggänger soll dem Arbeitenden nicht das Brot wegstehlen dürfen).

Polen hat seit Jahren seine Probleme mit der verdrängten Arbeitslosigkeit, mit den sozusagen stillen Reserven an Arbeitskräften. Dieses Jahr fand eine Landeskonzferenz der zuständigen staatlichen und genossenschaftlichen Gremien über «Probleme von Beschäftigung und Lohnfonds» statt, wie die Warschauer Abendzeitung «Express Wiczojny» berichtet. Die Belastung der Betriebe mit Unterbeschäftigten hat offenbar ein Mass erreicht, das den Funktionären «die Aufdeckung

von Reserven an Arbeitsvorrat und die weitere Verbesserung des wirtschaftlichen Einsatzes der Mittel, insbesondere des Lohnfonds», als dringend notwendig erscheinen lässt.

Der Bericht schliesst mit den Worten: «Vor allem ist darauf zu achten, dass das Verhältnis von Produktion/Dienstleistung und dem Lohnfonds ausgewogen sein muss, ebenso das Verhältnis von Zunahme der Arbeitsproduktivität und Zunahme der Durchschnittslöhne.»

Mit andern Worten: Der Lohnfonds darf nicht (oder nicht zu sehr) mit Entgelt für unproduktive Arbeit belastet werden, und die Löhne dürfen nicht schneller steigen als die Arbeitsproduktivität. Tja, wenn bei uns im Westen die Kapitalisten das gleiche sagen ...

## Unsere Meinung

Die stillschweigende Unterstützung der christdemokratischen Minderheitsregierung gibt der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) neuartige Schwierigkeiten auf. Die Auseinandersetzung zwischen Longo und Berlinguer, dem alten und dem neuen Generalsekretär der KPI, konnte wenigstens nach aussen hin beigelegt werden. Aber nun erscheint das Verhältnis zwischen Parteivolk und Parteiführung getrübt.

Berlinguers Partei musste das Sparprogramm der Regierung Andreotti billigen — sie hatte keinen Ausweg, wollte sie nicht die Verantwortung für den weiteren Zerfall der italienischen Wirtschaft übernehmen. Gegen die ihnen dadurch zugemuteten Opfer revoltieren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die der KPI nahestehenden Gewerkschaften, die im Kommunistischen Gewerkschaftsbund CGIL zusammengeschlossen sind. Dessen Generalsekretär Luciano Lama gab diese neuen Schwierigkeiten zu, als er in einem Fernsehgespräch die Gewerkschaften dazu anhielt, der neuen politischen Lage und der verstärkten Macht der Linken doch Rechnung zu tragen. In einer Erklärung vom 11. Oktober hatte Lama schweren Herzens die Inflationsbekämpfung gebilligt, obschon die Massnahmen nicht in jeder Beziehung den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprechen.

Die Schwierigkeiten hatten schon vor Andreottis Sparprogramm eingesetzt. Im August hatten Aktivisten ihre Mitgliedschaft aufgekündigt, weil sie die Unterstützung der Regierung durch ihre KPI nicht verdauen konnten. Sie sind zur linksextremen Partei der proletarischen Einheit (PDUP) gestossen. Einige dieser KPI-Demissionäre sind CGIL-Funktionäre und haben Gruppen von Gewerkschaftern (bis zu 20 Mann) mitgenommen. Die Parteiaustritte mochten Berlinguer schon Mitte September veranlassen haben, in Neapel zu erklären, dass die KPI immer eine kommunistische Partei gewesen sei, es heute noch sei und immer bleiben werde. Offenbar muss er keimende Zweifel in den eigenen Reihen bekämpfen.

Die Auseinandersetzungen in der Führung selbst sind keineswegs beendet, auch wenn sie nicht mehr so öffentlich ausgetragen werden. Wenn der führende Wirtschaftstheoretiker der KPI, Giorgio Amendola, die Gewerkschaften mahnt, die harten Realitäten zur Kenntnis zu nehmen; wenn er in der Parteizeitschrift «Politica ed Eco-

nomia» gar die Arbeitsplatzerhaltung in gewinn-schwachen Unternehmen in Frage stellt, so dürfte er sich die Feindschaft etlicher KPI-Führer zugezogen haben.

Die kommunistische Kritik an der KPI wegen ihrer Unterstützung einer bürgerlichen Regierung ist durchaus nicht auf Italien beschränkt. In einem kaum verhüllten Kommentar über die KPI-Führung hat der tschechische Parteisekretär Jan Fojtik kürzlich «die Abweichung gewisser Sprecher westlicher kommunistischer Parteien» von der revolutionären Linie, und deren Einschwenken auf bürgerliche Konzepte, gebrandmarkt. Dieser Angriff deutet eine Verhärtung in Osteuropa als Folge der Ostberliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien an. Es ist nicht erstaunlich, dass die Moskauer Kritik aus tschechischem Mund ertönte. Zwischen der tschechoslowakischen und italienischen Parteiführung bestehen Differenzen, seit die KPI im August 1968 die sowjetische Militärintervention in Prag kritisiert hatte. Am 21. August dieses Jahres hat das KPI-Zentralorgan «Unità» zum Aerger der Prager Genossen diese Kritik wiederholt, worauf sich die «Rude Pravo» vehement die «arrogante» Einnischung der «Unità» in die inneren (!) Angelegenheiten einer andern Partei verbat. P. S.



alle unsere  
hauseigenen Käsesorten  
ROTH-Käse · ROTH-amino  
ROTH-Rofumo · ROTH-Rahm-Käse  
werden  
**ohne Salpeter-Zusatz**  
aus  
**garantiert silofreier**  
**Frischmilch**  
hergestellt.

Damit erfüllen wir die berechtigten Kassensturz-Forderungen vom 11.10.76 schon seit 41 Jahren aus eigener Überzeugung!  
Achten Sie beim Käse-Einkauf auf unser Garantie-Siegel.

Roth-Käse AG, 8610 Uster

# FACETTEN zum Alltag drüben

Ueber Merkwürdigkeiten aus dem ungarischen Alltag berichten sowohl die Budapester Medien als auch die Provinzzeitungen regelmässig, oft auch durch den Abdruck von Leserbriefen.

Wenn man auf die ästhetischen Bedürfnisse der Touristen zuviel Rücksicht nimmt, kann es vorkommen, dass man ihre anderweitigen Bedürfnisse zuwenig berücksichtigt, und das rächt sich. In diesem Falle an Leuten, die telefonieren wollen: In Budapest fehlt es an öffentlichen Toiletten. Man hatte die vertrauten «grünen Häuschen» der Hauptstadt zuständigerseits als Beleidigung für das Auge des Fremden empfunden und sie (unter anderem) aus diesem Grunde vielerorts ersatzlos liquidiert. Und was tun die Ortsunkundigen jetzt in ihrer Not? Sie benützen Telephonkabinen.

Eine grosse Firma in Szombathely machte die peinliche Erfahrung, dass man ihr eine grosse Ladung ihrer Exportgüter wegen qualitativen Ungenügens zurücksandte. Nach unangenehmen Aussprachen im Betrieb und etlichen Konferenzen schritt man zur Wiedergutmachung. Man packte die beanstandeten Waren um und schickte sie in attraktiver Emballage wieder auf die Reise. So weit, so gut, bemerkt dazu die Zeitung «Vas Nepe», die den Vorfall berichtet: «Aber wenn

## In Kürze

Wie ist es möglich, dass ein Ganzes kleiner ist als ein Teil davon?

Die Benutzung amtlicher Moskauer Angaben zur gleichen Sache macht es möglich. Dann stellt sich nämlich heraus, dass 1974 der gesamte Aussenhandel der Mongolischen Volksrepublik kleiner war als ihr Aussenhandel mit der Sowjetunion allein.

Die letzte sowjetische Aussenhandelsstatistik gibt an, dass sich 1974 der Wert des mongolischen Warenaustausches mit der UdSSR auf 404,3 Millionen Rubel belief. Aber das Jahrbuch des RGW (Moskau 1975) hält fest, dass in jenem gleichen Jahr 1974 der gesamte Aussenhandelsumsatz der Mongolischen Volksrepublik einen Wert von 326 Millionen Rubel hatte. Also ergibt sich, dass die Mongolei damals ihren Aussenhandel zu nicht weniger als fünf Vierteln mit der Sowjetunion abwickelte. Es gibt mehr Dinge zwischen Moskau und Ulan Bator, als eure Schulweisheit sich träumen lässt, mein Wanja.

In einer Garnison nördlich von Prag ist es angeblich zu einer Meuterei gekommen, in deren Verlauf ein Major erschossen worden sei. Die Revolte wurde sofort niedergeschlagen, unter anderem durch Helikoptereinsatz. Anlass zur Revolte soll die mangelhafte Verpflegung gewesen sein, verbunden mit Ausgangsbeschränkungen und einer Urlaubssperre von zwei Jahren Dauer.

der Käufer unseres Produkts auf dem Kalinin-Prospekt spaziert, wird er bald genug feststellen, dass man ihn beschwindelt hat. Und was dann? Woraus sich schliessen lässt, dass es sich beim besagten Produkt um Schuhe handelt, die man in die Sowjetunion exportiert.

In einer Unterhaltungssendung hat Radio Kosuth einige architektonische Sonderleistungen gerühmt. Zum Beispiel jenen Mietblock, der ohne Stiegenhaus erstellt wurde. Man merkte den Mangel, als man das Baugerüst entfernte hatte.

In einer Provinzstadt ist vor einiger Zeit ein Hotel-Restaurant gebaut worden. Leider hatten die Planer die Küche vergessen. Bemerkenswerterweise läuft aber der Betrieb bis zum heutigen Tag, ohne dass das Versäumte nachgeholt worden wäre.

Anderswo steht ein fertiger Bau, und mittendrin ein solid ummauerter Baukran, den man nach vollbrachter Arbeit nicht mehr entfernen konnte.

In Nagykanizsa ist vor dreizehn Jahren eine Mittelschule erstellt und von den zuständigen Instanzen übernommen und eingeweiht worden. Den Inspizienten von damals dürfte nicht zur Last gelegt werden, meinte der Kommentator, dass sie nicht durch Wände und Decken sehen konnten, was aber in der Folge den Schülern und Lehrern sehr wohl gelang. Als sich riesige Risse auftaten, wurde man gewahr, dass dem Gebäude weitgehend die Fundamente fehlten. Inzwischen führen die lokalen Behörden gegen das Bauunternehmen, das sich auf Verjährung beruft, einen Prozess, dessen Ende nicht abzusehen ist. Ebensovienig wie das Ende der Reparaturen, es sei denn, dass es beim gegenwärtigen Unterbruch bleibt. In Nagykanizsa weigert man sich näm-

Grosse Tierliebe bescheinigt die sowjetische Gewerkschaftszeitung «Trud» dem Verwaltungsapparat des Unternehmens, das sich mit der Ausbeutung der Mineralwasserquelle von Ergeninsk im Gebiet Wolgograd befasst. Die Quelle würde ausreichen, um jährlich 20 Millionen Flaschen abzufüllen, aber man bringt es auf anderthalb Millionen pro Jahr. Dafür hat sich auf dem Gelände ein seichter Mineralwasserteich gebildet, der von den Gänsen und Enten der umliegenden Bevölkerung höchst geschätzt werde. Den Grund für die Ineffizienz sieht «Trud» darin, dass zu viele Stellen und damit zu viele Bürokraten für die Nutzung der Quelle zuständig sind. Die Kompetenzen liegen unter anderem bei der Roten Armee, dem Gebietskomitee Wolgograd und dem Stadtrat Wolgograd.

Aus Anlass von Breschnews 70. Geburtstag am 19. Dezember gelangt sein Porträt als Vielfarben-Druck im Format von 45 auf 60 Zentimeter für 7 Kopeken zum Verkauf. Die vorgesehene Auflage beträgt nur 100 000 Stück. (Oder gibt es darüber hinaus noch ein Weihnachtsgeschenk für die 15 Millionen KPdSU-Mitglieder?)

Touristen können nicht mehr nach Belieben Esswaren und Konsumgüter aus der Tschechoslowakei nach Hause nehmen. Infolge der schlechten Versorgungslage sah sich die CSSR-Regierung veranlasst, die Ausfuhr insbesondere von Lebensmitteln auch im Touristenverkehr zu verbieten. Exportberechtigt bleibt immerhin, was man in den «Tuzex»-Devisenläden einkauft.

lich, die Rechnungen für die Arbeit zu bezahlen, und die Baufirma hat sie daraufhin eingestellt. Jetzt geht es im Prozess zwischen einer staatlichen Unternehmung und einer städtischen Verwaltung auch noch um diese Frage. Und der Unterricht wird ohne Basis fortgeführt.

In «Elet es Irodalom» hat Arpad Pünkösti die Geschichte vom Direktor eines grossen Unternehmens erzählt, der zwanzig junge Mädchen eingestellt hatte, um Extrawünsche von Kunden und Inspizienten zu erfüllen. Man nannte diese verantwortungsvolle Abteilung der Belegschaft die «Lederouchbrigade»; sie soll ihre Arbeit zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeführt haben. Aber jetzt ist der tüchtige Direktor durch einen neuen Mann abgelöst worden, der rücksichtslos die guten Beziehungen des Unternehmens aufs Spiel setzt. Er hat den Mädchen befohlen, ehrliche Arbeit aufzunehmen; sonst würden sie auf die Strasse gestellt, da, wo sie hingehörten.

## Briefe

### Max Frisch und das Feindbild

Es war erfreulich, dass mit einem Gastbeitrag von Frau Dr. Landmann (ZB, Nr. 21/1976, S. 6) Frischs Frankfurter Friedensrede etwas kritischer gewürdigt wurde als bei den angeblich progressiven Kritikern. Frisch empfahl zur Sicherung des Friedens den Abbau von Feindbildern, ohne zu merken, dass er selber mit Feindbildern argumentierte. Nur ein Beispiel: Er macht die Westberliner Polizei zum Menschenfeind, weil sie vor bald zehn Jahren bei einer politischen Demonstration gegen den Schah von Persien den Studenten Ohnesorg erschossen habe. Er «vergisst» aber, dass nur wenige Wochen vor seiner Rede der KPI-Genosse Corghi anlässlich einer legalen Grenzüberfahrt von der DDR-Volkspolizei erschossen worden ist. Dass dann noch ein Unterschied besteht zwischen Ordnungsdienst gegenüber Demonstranten und nervöser Schiesserei zur Durchsetzung von Grenzschikanen, das zu erkennen kann Max Frisch nicht mehr zugemutet werden. MK

### «Aufbewahren für alle Zeit»

Valerij Tarsis hat das Buch «Aufbewahren für alle Zeit» von Lew Kopelew ausgezeichnet rezensiert (ZB, Nr. 21/1976, S. 4). Aber man darf nicht als vermeintliche Selbstverständlichkeit ausser acht lassen, was gerade für den westeuropäischen Leser besonders wichtig ist: die detaillierten Einblicke in die Verhältnisse von Armee, Justiz und Partei in der Sowjetunion, die Illustration etwa dazu, wie der allmächtige KP-Apparat in die Justiz eingreift. Durch seine Beschreibung persönlicher Beobachtungen und Erlebnisse gibt uns Lew Kopelew eine Vorstellung von der Brutalität und Allgegenwart des Totalitarismus, der uns Zeitgenossen mit blosser Westererfahrung sonst eben unvorstellbar bleibt. Der Leser vermag zu erkennen, was es bedeutet, ein Leben lang zu lügen und belogen zu werden. Er wird sich bewusst, was es konkret heisst, als Lagerinsasse zu überleben, zum Beispiel die vergifteten Abfälle aus der Grube nicht zu essen. Auf diesen Aspekt des Buches wollte ich noch hinweisen; für Westeuropäer ist er alle Aufmerksamkeit wert. ke

# à propos Mensch

Wie und was lasen und lesen Sie? Mit Gewinn?

Wenn die — positive — «erzieherische Wirkung der Literatur» so eindeutig gegeben ist wie allgemein angenommen: warum verhalten sich die Jugendlichen dennoch so verschieden? Das fragt eine Autorin in der «Literaturnaja gaset» (Nr. 35/1976, S. 4—5). Sämtliche Schüler absolvieren das Pensum an zensurgerechter Pflichtlektüre, über «Junggardisten und Pawka Kortschagin, aber die einen suchen ihre Berufung, ihren Platz im Leben, und die andern zertrümmern mit Steinen Strassenlampen oder übertönen die Zeit, die sie in ihrer Langeweile nicht anders totzuschlagen wissen, mit dem maximal aufgedrehten Transistor, lümmeln im Hof herum, spielen Karten... Woher kommt Gefühlkultur?» Offenbar nicht automatisch vom Zensieren der Literatur. Es ist nicht so einfach, ein Buch zu lesen.

\*

Nur ist die Wirkung der Literatur noch heute (59 Jahre nach Etablierung des Systems, in dem die Literatur der einzigen Partei dient) kaum erforscht, bedauert die Autorin: «Dabei bin ich zutiefst überzeugt, dass der Erziehungsprozess des Lesers sehr komplex ist: nicht allein mit der verstandesmäßigen, sondern auch mit der gefühlsmässigen Seite... verknüpft... Was in der Kindheit vernachlässigt wurde, ist oft nicht wieder aufzuholen, oder nur mit grösster Mühe.»

\*

Wer vernachlässigt? Die Erzieherinnen in den Kinderkrippen und -gärten? Die sozialistisch berufspflichtigen Mütter? (Der Erziehungsprozess des Lesers «beginnt in der frühesten Kindheit».) Oder die sozialistische Schule? Wer sonst soll «das Erfassen des Wortes in seiner ganzen Vielfalt» lehren? Nämlich: «Exaktheit des Ausdrucks eines Gefühls; Mehrdeutigkeit; assoziatives Denken; Aufnahme der Wortmusik, des Satzrhythmus; bildliche Schau». Nur wer darin geschult sei, könne Kunst als solche erfassen und ein literarisches Werk «verdauen», den «sittlichen und philosophischen Standpunkt des Autors» nachdenklich beziehen. Die Kunst, auch Musik und Malerei, mache «den Menschen menschlich». Die Materialisten seien im Leben gar nicht besser dran als die «Romantiker», die «das Rationale und das Emotionale verbinden» und sich vielleicht mehr Beulen holen, «aber innerlich geschützt sind. Sie sind geschützt durch die Vorstellung davon, was edel ist und was nicht».

Demnach ergibt sich bei Jugendlichen, die recht lesen gelernt haben, die positive Vorbildwirkung nur, wenn das Zensierte auch Kunst ist.

\*

Und, muss man annehmen, wenn die Vorbilder im Erfahrungsbereich dem Edelmut auf dem Papier nicht die Glaubwürdigkeit nehmen. *HTD*

«Die Schaffung der militärischen Koalition der Warschau-Pakt-Staaten hat die Möglichkeit zur Folge, die sozialistischen Staaten Europas zu weiteren militärischen Anstrengungen zu vereinigen. (...)

Die nationalen und internationalen Erfolge der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zeigen die unwiderrufbare Überlegenheit des sozialistischen Systems auf allen Gebieten. Die Bestrebungen der sozialistischen Staaten zur Zusammenarbeit mit den Friedenskräften der ganzen Welt war ein wichtiger Faktor zur Aktivierung der Koexistenzpolitik. Gleichzeitig führen aber jene Kräfte, die sich für Frieden und Demokratie, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus einsetzen, ihren Kampf gegen die imperialistische Aggression weiter. Unter diesen Bedingungen gestalten

sich die Klassenkampfverhältnisse auf internationaler Ebene immer günstiger. (...) Der 25. Parteikongress der KPdSU (1976) präziserte die Prinzipien der sozialistischen internationalen Politik. In ihrem Rahmen spielt der Aufbau und die Festigung des sozialistischen Verteidigungswesens eine

## Zitiert...

grosse Rolle. Dies aber ist kein Ziel für sich allein. Die Perspektive der Entwicklung ist kommunistische Formation im Weltmassstab.»

*Jerzy Muszynski: «Der Rang des sozialistischen Verteidigungswesens in der Gegenwart». In «Wojsko ludowe», Warschau, Nr. 9/1976.*

## Der Kommentar

In kommunistisch regierten Ländern ist die Herrschaft des Volkes oder der werktätigen Massen eine Fiktion, die man so hoch hält, dass man sie polizeilich beschützt. Niemand glaubt daran, aber alle müssen so tun, als glaubten sie.

Eine Behauptung? Nein, ein Tatbestand, der dort offensichtlich ist. So offensichtlich sogar, dass zuweilen selbst die obersten Wächter der Fiktion völlig vergessen, auch nur dergleichen zu tun, als habe sie die geringste Gültigkeit.

Das geschieht meist dann, wenn man irgend etwas zurücknehmen muss. Die Politik des Vorgängers, beispielsweise, oder auch seine eigene Politik. Sofern der Vorgänger ersichtlicherweise gestürzt worden ist, erklären die Nachfolger zumeist, dass er willkürlich gehandelt habe, dass er die zuständigen Gremien nicht befragt und den Kontakt zum Volk verloren habe. Frägt sich nur noch, warum die Volksherrschaft, die vom System ja gewährleistet ist, ihm das denn durchgelassen hatte. Aber eben: Vor dem Sturz gilt der Kritiker des Mächtigen als Feind des Volkes und wird bestraft. Und dann zerbricht die Fiktion für die «überwundene» Periode. Es heisst nun, der Mann habe die Macht missbraucht. Aber die lag doch beim Volk, oder?

Aber das Eingeständnis ist auch in andern Varianten möglich. Zum Beispiel so: Genossen, Werktätige, Mitbürger, wie hätten wir denn ahnen können, dass ihr gegen unsere Anordnung gewesen seid?

Eine Illustration zu dieser niedlichen Variante gibt die Rede, die der polnische Ministerpräsident Jaroszewicz am 22. September vor dem Sejm gehalten hat. Er nahm auf die Preiserhöhungen bezug, die am 25. Juni zu Unruhen geführt hatten, worauf man diese Massnahme nachträglich zum Regierungsvorschlag erklärte und zurücknahm. Die vorsichtigeren Preisanpassungen nachher wurden «in Konsultation mit der Bevölkerung» (und immer noch nicht «laut Befehl des Volkes») gestattet, und diese Beratung mit dem

Volke geht laut offizieller Darstellung nach wie vor weiter.

Und nun also sagte Jaroszewicz zu diesem Thema:

«Zum erstmalig in der Geschichte unseres Landes ist ein Projekt über Preisänderungen der Nation mit vollständiger Offenheit und Ehrlichkeit vorgelegt worden.»

Tja, bisher hatten die Diener des Volkes ihre Herrschaft, das Proletariat, eben ein bisschen beschwindelt. Aber nun die Erklärung über das «Missverständnis» vom 25. Juni:

«Uns stand nichts zur Verfügung, um das Spektrum der Auffassungen bei der Bevölkerung zu eruieren.»

Keine Möglichkeit, die Wünsche des Volkes kennenzulernen. Es hat keine Sprache, trotz seiner Mitsprache, nein, seiner Diktatur.

Von der fälligen Einführung der Demokratie zur Ausübung der Volksdemokratie mal abgesehen: Das Instrumentarium, mit dem man das Spektrum der Auffassungen feststellen könnte, das wäre am besten zu haben, wenn man die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung und ihrer Verbreitung zulassen würde. *cb*

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

«Express Wieczorny», Warschau

## Wider die Stromverschwendung

# „KILOWATY – NIE NA STRATY“

Wie nehmen sich öffentliche Kampagnen, mit denen man die Bevölkerung zu besserem Verhalten in dieser oder jener Beziehung führen will, in Osteuropa aus? Als Beispiel kann die Aktion dienen, mit der die Warschauer Abendzeitung «Express Wieczorny» zum Stromsparen aufruft. Eine Reihe von belehrenden Beiträgen ist durch Karikaturen aufgelockert, die dem Leser das erforderliche Verhalten auch humoristisch nahelegen. Als Motto für das Ganze dient der täglich wiederholte Slogan «Kilowaty — nie na straty». Sein amtspoetisches Holpermass gibt uns das Alibi, ihn schlecht helvetisch mit dem Spruch «Kilowatte — nid dur d'Latte» wiederzugeben; sonst haben wir nichts gefunden, mit dem wir auch noch in der Bildlegende rechts das Wortspiel mit dem Kilo Watte reichlich wiedergeben könnten.



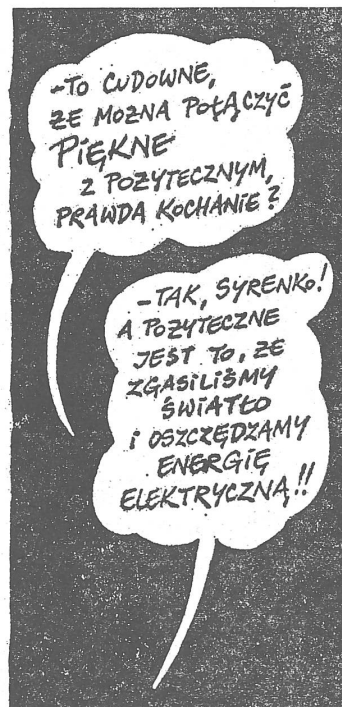
«Für dich habe ich eine Millionenidee, wenn du doch Ingenieur bist: Erfinde doch einfach eine Methode zur Wiedergewinnung von gebrauchtem Strom.» (20. 10. 1976)

Alle Stromsparwitze dieser Seite stammen aus der Serie «Unser Sirenchen» des «Express Wieczorny»-Hauskarikaturisten Gwidon Miklaszewski.

Willkommener Zwang. Der Ehemann liest auf dem Plakat seiner Frau: «Von 17 bis 21 Uhr (d. h. in der Zeit, da die Frau nach der Berufsarbeit den Haushalt besorgt) verzichte ich auf Staubsaugen, Blochen, Bügeln. Stromersparnis!» (19. 10. 1976)



«Ich hätte gern ein Kilo Watte.» — «Aber goht sie nid dur d'Latte?» (21. 10. 1976)



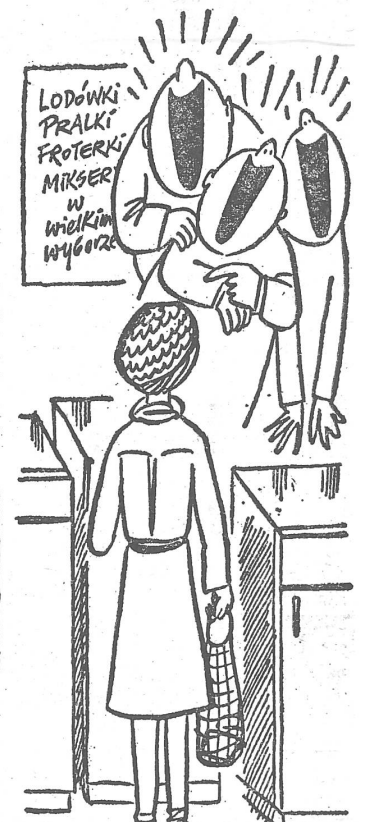
«Wunderbar, wie man das Schöne mit dem Nützlichen verbinden kann, nicht wahr, Liebbling?» — «Ja, Sirenchen. Und das Nützliche besteht darin, dass wir noch Strom sparen, wenn wir das Licht löschen.» (15. 10. 1976)

Damit die Mahnung zum Stromsparen konkreter und eindringlicher werde, hat der «Express Wieczorny» am 30. Oktober 1976 seine Kampagne durch die Aktion «Rote Karte» ergänzt. Auf dem reproduzierten Exemplar werden unter erneuter Bezugnahme auf das Motto «Kilowaty — nie na straty» Sünder wider die Stromersparnis direkt angesprochen:

«Im ganzen Land spart man elektrische Energie. Hat die Tatsache, dass wir alle für die hier vergeudeteten Kilowatt zu zahlen haben, dass das Volksganze und nicht eine bestimmte Person dafür aufkommen muss, etwa zur Folge, dass diese Verpflichtung hier nicht gilt? Im Namen von uns allen bitte ich, die Kilowatt hier nicht länger zu verschwenden.»

Im Begleittext wird der Leser aufgefordert, festzustellen, wo im Haus, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz Energie verschwendet wird. Dort soll er die Rote Karte anbringen, um die Verantwortlichen an ihre Pflicht vor dem Volke zu erinnern.

Wer vielleicht findet, hier gebe uns der Sozialismus eigentlich ein nachahmenswertes Erziehungsbeispiel, hat vielleicht eine gute Zöglingsgesellschaft als Ideal vor Augen. Aber dann könnte er immer noch daran denken, was hier als einziger Grund für die Verschwendung genannt wird: das Gefühl, dass niemandem gehöre, was allen gehört. ■



Aber sogar wenn es an Strom nicht fehlt, fehlt es dafür vielleicht an Kleinigkeiten, die einem zur Stromersparnis nötigen:

«Ha-ha-ha-ha, habt ihr gehört? Die Dame hat tatsächlich nach Ersatzteilen für ihre Waschmaschine gefragt!» (18. 10. 1976)